



Hamburg, den 16.03.2026

Liebe Pastorinnen und Pastoren im Kirchenkreis Hamburg-Ost und Hamburg-West/Südholstein!

Wir freuen uns, dass Sie die diesjährige Aktion „7 Wochen für die Menschenrechte“ unterstützen.

In der Anlage erhalten Sie den Petitionsbrief für den kommenden Sonntag, den 22.03.2026 in der englischen Fassung zum Abschicken an den Generalstaatsanwalt von El Salvador und die übersetzte Form für die Botschaft, - beide zum Verteilen an die Gottesdienstbesucher und andere Interessierte oder zur Veröffentlichung auf der Homepage. Beide Briefe sind hier tatsächlich an die Botschaft in Deutschland mit 0,95 € zu frankieren.

Hintergrundinformationen:

Fidel Zavala ist Sprecher der Menschenrechtsorganisation Unidad de Defensa de Derechos Humanos y Comunitarios (UNIDEHC). Am 25. Februar 2025 wurde er bei einer Razzia in den Büros von UNIDEHC festgenommen, nachdem er Beschwerden im Zusammenhang mit der Gemeinde La Floresta unterstützt hatte, einer Gruppe von mehr als 200 Familien in San Juan Opico, die von einer Zwangsräumung bedroht sind und Rechtsansprüche auf das Land geltend machen. Bei der gleichen Aktion wurden auch mehr als 20 Gemeindevorsteher*innen festgenommen.

Nach seiner Festnahme wurden 2025 mehrere Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. In den Fällen, in denen es um schweren Betrug ging, ordneten die Gerichte später die endgültige Einstellung des Verfahrens an oder erklärten die Strafverfolgung für beendet, nachdem eine Schlichtungsvereinbarung erzielt worden war oder die Verantwortlichkeit nicht festgestellt werden konnte. In keinem dieser Verfahren ist Fidel Zavala verurteilt worden.

In dem Verfahren gegen La Floresta wird er wegen rechtswidriger Vereinigung, illegaler Vermarktung von Grundstücken und Parzellen und unerlaubter Berufsausübung angeklagt. Am 13. März 2025 ordnete das Fünfte Gericht gegen organisierte Kriminalität eine sechsmonatige Untersuchungshaft an. Die Ermittlungsphase wurde später bis März 2026 verlängert. Nach den vorliegenden Informationen hat die Generalstaatsanwaltschaft keine gerichtlich genehmigten vorwegnehmenden Beweise für Verfahren durchgeführt. Dies ist derzeit der einzige Haftbefehl, der gegen ihn vorliegt.

Es wurden Bedenken hinsichtlich der schlechten Haftbedingungen in den Zellen der Isidro-Menéndez-Haftanstalt geäußert, u. a. gab es mehrere Tage lang keinen

Zugang zu Wasser. Berichten zufolge hat seine Familie seine Grundbedürfnisse gedeckt.

In diesem Zusammenhang wurden auch Haftbefehle gegen die UNIDEHC-Anwält*innen Ivania Cruz und Rudy Joya erlassen. Im Jahr 2025 wurden sie von INTERPOL gesucht. Die Suche wurde jedoch später wegen Verstoßes gegen Artikel 3 der INTERPOL-Satzung, der politisch motivierte Einsätze verbietet, eingestellt. Dennoch wurde in Spanien ein Auslieferungsverfahren eingeleitet. UN-Sonderverfahren brachten Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass diese Maßnahmen einer grenzüberschreitenden Unterdrückung gleichkommen könnten.

Am 15. Mai 2025 sandten die UN-Sonderverfahren eine offizielle Mitteilung an den salvadorianischen Staat (Ref. AL SLV 2/2025), in der sie ihre Besorgnis über seine mutmaßlich willkürliche Inhaftierung und mögliche Kriminalisierung als Vergeltung für seine Menschenrechtsarbeit zum Ausdruck brachten. Unterzeichnet wurde die Mitteilung unter anderem von der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger, Mary Lawlor. Die salvadorianische Regierung antwortete nicht innerhalb der 60-Tage-Frist, woraufhin das Schreiben veröffentlicht wurde.

Der Fall von Fidel Zavala steht im Kontext des seit März 2022 geltenden Ausnahmezustands, in dessen Rahmen nationale und internationale Organisationen willkürliche Festnahmen und Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums dokumentiert haben.

Mit folgendem Text kann in den Gottesdiensten die Briefaktion von amnesty international z.B. bei den Abkündigungen eingeleitet werden:

„Für uns ist nur ein Brief ...

... für sie das Überleben.“

In gut 30% aller Fälle, zu denen Briefaktionen gestartet werden, kann eine Verbesserung der Lage der Betroffenen erreicht werden; z.B. ein Todesurteil wird nicht vollstreckt, Folter wird nicht fortgesetzt, Gefangenen wird Kontakt zu Rechtsanwälten und Familienangehörigen ermöglicht, oder sie werden freigelassen.

Die Macht der Öffentlichkeit – hierin liegt der Hebel für Arbeit von amnesty international – und für unsere Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen

Janine Mahrendorf

ai-Gruppe 1452 Hamburg